

Sechs Monate Gaza-Krieg

Palästinenser zwischen Trümmern und Gräbern

Israel bereitet sich auf eine Ausweitung des Krieges vor



Die Trümmer von Gaza am 8. April, nach einem halben Jahr Krieg (Photo by Menahem KAHANA / AFP)

Sechs Monate nach Beginn des Krieges gegen den Gazastreifen melden Medien »Bewegung« in der Region. Die israelische Armee ziehe »alle Truppen« aus dem Süden des Gazastreifens ab, melden manche Medien, andere sprechen von »einigen Truppen«. Vieles deutet daraufhin, daß Israel seine Truppen in Gaza reduziert, um sich auf militärische Operationen gegen den Iran, den Libanon und Syrien vorzubereiten.

Unklarheit gab es am Montag auch über die indirekten Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas über einen Waffenstillstand und Gefangenenaustausch. Während die Hamas erklärte, es gebe keine Bewegung seitens Israels, sprach Israel von »Fortritten«.

Die Palästinenser im Gazastreifen bereiten sich derzeit zwischen Bomben, Trümmern und Gräbern und inmitten einer Hungerkatastrophe auf ein unsicheres Ende des Ramadan vor. Der Fastenmonat endet am Abend des 9.

April mit dem »Eid-al-Fitr«, dem Fest des Fastenbrechens, Zuckerfest.

Vorbereiten auf den neuen Krieg

Laut einer in israelischen Medien verbreiteten Erklärung von Kriegsminister Yoav Gallant wurden nur Soldaten des 98. Bataillons offenbar »zur Erholung« aus dem Süden des Gazastreifens abgezogen, um sich »auf neue Kampfmissionen vorzubereiten«. Man bereite sich auf den Angriff auf Rafah im Süden des Gazastreifens vor. Luftangriffe und Bombardierungen gehen weiter.

Der Chef des Generalstabes der Israelischen Streitkräfte Herzl Halevi erklärte, der Rückzug des 98. Bataillons aus der Umgebung von Khan Younis bedeute nicht ein Ende des Krieges. Israel operiere in einem »Vielfrontenkrieg«, so General Halevi. Es gebe »keinen Grund zur Panik, aber auch keinen Raum, um sich zurückzulehnen.« Die israelischen Truppen »operieren in allen Gebieten, im Sü-

den, im Norden, in Judäa und Samaria und weiter entfernt«, wird Halevi in der »Times of Israel« zitiert. Israel bezeichnet die von ihm besetzten palästinensischen Gebiete im Westjordanland als »Judäa und Samaria«.

Israel rechne mit einem »Angriff des Iran« und sei »auf alles vorbereitet«, hieß es weiter. Man habe »gute Verteidigungssysteme« und wisse, »wie man den Iran mit aller Kraft treffen« könne, »aus der Nähe und in der Ferne«, so General Halevi. »Wir arbeiten mit den USA und strategischen Partnern in der Region zusammen.«

Der oberste General behauptet, man wisse, daß »der Iran von Anfang an am Krieg in Gaza beteiligt« sei, denn er »befähigt, lenkt und finanziert alle seine Stellvertreter in der Region«. Von der libanesischen Hisbollah über das Westjordanland bis hin zum Jemen gebe der Iran sein Wissen weiter. Der Iran sei ein »globales Problem« und bedrohe nicht nur Israel, sondern »den gesamten Westen und die Arabische Welt«, wiederholte Halevi die Position des israelischen Regierungschefs Netanjahu über den »Erzfeind« Iran.

Angriff in Damaskus

Am Montag vor einer Woche zerstörten Raketen das iranische Konsulat in der syrischen Hauptstadt Damaskus, das unmittelbar neben der iranischen Botschaft liegt. 13 Menschen wurden getötet, sechs Syrer und sieben Iraner, unter ihnen hochrangige Kommandeure der iranischen Revolutionsgarden. Diese sind in Syrien auf Bitten der syrischen Regierung seit Beginn des Krieges 2011 als militärische Berater tätig. Die USA-Administration zeigte sich sicher, daß Israel den Angriff verübt hat, betonte aber, vorher nicht informiert worden

zu sein. Israel äußerte sich nicht.

Auf Nachfrage der russischen Nachrichtenagentur TASS bei der Israelischen Armee hieß es, man kommentiere keine Berichte ausländischer Medien. Allerdings hatte der offizielle Armee-Sprecher Admiral Daniel Hagari gegenüber dem US-amerikanischen Nachrichtensender CNN erklärt, der Angriff habe nicht das iranische Konsulat zum Ziel gehabt, sondern eine militärische Einrichtung der Iranischen Revolutionsgarden, die lediglich als ziviles Gebäude getarnt gewesen sei.

Das iranische Außenministerium erklärte am 2.4.2024, die Islamische Republik behalte sich – gemäß des Internationalen Rechts und der UNO-Charta – »das legitime und unveräußerliche Recht« auf eine »entschlossene Antwort« auf die »terroristischen Angriffe des israelischen Regimes« vor. Wiederholt habe man den UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, Schritte zu unternehmen, »um diese hinterhältigen Verbrechen Israels zu stoppen«.

Der Botschafter des Iran in Damaskus, Hossein Akbari, bestätigte, daß das Konsulat der iranischen Botschaft in Damaskus von sechs Raketen getroffen worden sei. Fotos zeigen ein komplett zerstörtes Gebäude im Komplex der iranischen Botschaft.

»In einem tiefen Sumpf versunken«

Das Gelände liegt an der Mezzez Straße, einer mehrspurigen Ausfallstraße vom Ummayyaden-Platz in Damaskus zur Autobahn in Richtung Libanon. Die Straße ist

von mehrstöckigen Wohn- und Bürogebäuden gesäumt. In unmittelbarer Nähe der iranischen Botschaft befindet sich ein Krankenhaus. Unweit der Botschaft befinden sich zudem Universitätsgebäude und Studentenunterkünfte, syrische Regierungseinrichtungen sowie zahlreiche weitere diplomatische Gebäude, Botschaftsresidenzen und Einrichtungen der UNO.

Nach Auskunft der syrischen Armee wurden die Raketen von den von Israel besetzten und völkerrechtswidrig annektierten syrischen Golanhöhen abgefeuert. Die israelische Urheberrecht des Angriffs wird nicht nur von der UNO-Beobachtermission auf dem Golan (UNDOF), sondern auch von US-amerikanischen und russischen Satellitenaufnahmen bestätigt werden können.

Der Angriff auf die diplomatische Vertretung eines Landes verstößt gegen das Internationale Recht und gegen die UNO-Charta. Auf An-

trag der Russischen Föderation berief der UNO-Sicherheitsrat eine Dringlichkeitssitzung über die »berichteten israelischen Angriffe auf iranische diplomatische Einrichtungen in Syrien« ein.

Vertreter der USA-Administration bestätigten gegenüber dem Sender CNN, man bereite sich auf »erhebliche« Angriffe des Iran auf israelische oder US-amerikanische Einrichtungen in der Region vor.

Mohsen Rezaee, ein ehemaliger Kommandeur der Iranischen Revolutionsgarden, sagte gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS, Teheran werde auf den Angriff auf die Botschaft in Damaskus reagieren. Die Entscheidung sei bereits gefallen, sagte Mohsen Rezaee. Israel sei mit dem Krieg gegen den Gazastreifen »in einem tiefen Sumpf versunken und greift zu jedem Verbrechen, um sich zu retten.«

Karin Leukefeld



Der Komplex der iranischen Botschaft in Damaskus am 2. April, einen Tag nach dem israelischen Angriff (Photo by Louai Beshara / AFP)

»Frieden und Gerechtigkeit erzwingen!«

Am Montag begannen am Internationalen Gerichtshof in Den Haag die Anhörungen im Verfahren zu einer Klage der Republik Nicaragua gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord Israels in Gaza. Nicaragua verlangt die sofortige Einstellung von Militärhilfen an Israel, »die unter Verstoß gegen das Völkermord-Übereinkommen, das humanitäre Völkerrecht und andere zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts« geleistet werden.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) veröffentlichte dazu am Montag eine Erklärung, in der zu Protesten gegen die Beteiligung Deutschlands am Völkermord in Gaza aufgerufen wird. »Für uns gibt es keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung schuldig ist«, erklärt Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP. »Die israelischen Streitkräfte verüben auch mit deutschen Waffen ein Massaker an der palästinensischen Bevölkerung. Mehr als 40.000 Menschen, zum gro-

ßen Teil Frauen und Kinder, sind diesem Völkermord schon zum Opfer gefallen und täglich werden es mehr. Das muß aufhören! Die Bundesregierung muß die Waffenlieferungen sofort einstellen und die politische Unterstützung für Israel beenden. Diejenigen, die diese Verbrechen im Namen der deutschen »Staatsräson« unterstützen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.«

Gemeinsam mit anderen Kräften hat die Partei den Aufruf »Schluß jetzt mit dem deutschem Beitrag zum Völkermord in Gaza!« unterzeichnet. Darin heißt es: »Deutschland ist nach den USA Israels zweitgrößter Waffenlieferant, die USA haben aber Anklagen wegen Völkermordes am IGH für sich juristisch ausgeschlossen. Auch gehörte Deutschland zu den Ersten, die die überlebensnotwendige Unterstützung durch UNRWA beendet haben. Seit Monaten gehen Hunderttausende an vielen Orten an der Seite der Palästinenser dagegen auf die Straße und kritisie-

ren die Doppelmoral von Politikern und Medien. Denn die mahnen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht nur dann an, wenn es deutschen Interessen dient. Und sie versuchen, die Solidarität mit Palästina, und dabei insbesondere die palästinensischen Bewohner Deutschlands, in der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu unterdrücken.«

Die Unterzeichner rufen zu Kundgebungen und Mahnwachen vor dem IGH in Den Haag und vor Konsulaten und Botschaften der Bundesrepublik Deutschland auf. Dem schließt sich die DKP ausdrücklich an.

»Wir deutschen Kommunistinnen und Kommunisten sind Teil der internationalen Solidaritätsbewegung an der Seite des palästinensischen Volkes. Wir begrüßen die weltweiten Demonstrationen für Frieden und Gerechtigkeit und rufen dazu auf, gerade jetzt den Druck auf den deutschen Imperialismus zu erhöhen«, erklärte Patrik Köbele.

Walid Daqqa

Tod nach 38 Jahren in israelischer Haft

Walid Daqqa, Militanter der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), ist am 7. April 2024 nach 38 Jahren israelischer Militärhaft in einem israelischen Krankenhaus gestorben. Walid Daqqa, der Ende Dezember 2022 mit Knochenmarkkrebs (Myelofibrose) diagnostiziert worden war, wurde 62 Jahre alt. Er

hinterläßt eine Ehefrau und eine gemeinsame Tochter.

Daqqa war 1986 verhaftet und wegen Mitgliedschaft in einer bewaffneten Gruppe angeklagt worden, die 1984 einen israelischen Soldaten entführt und ermorden haben soll. Daqqa war aktiv in der Gefangenensolidarisierung und Schulung. Er verfaßte

mehrere Bücher, darunter auch ein Kinderbuch. Im März 2023 verschob die israelische Regierung seine Freilassung auf 2025. Die Gefangenenhilfsorganisation Samidoun mobilisierte mit der Kampagne »Befreit das Land, Freiheit für Walid Daqqa« die Öffentlichkeit. Auch Amnesty International setzte sich für seine Freilassung ein.

Israel verschärfte seine Haftbedingungen und ließ weder medizinische Behandlung noch Familienbesuche zu. In Deutschland wurde das Palästinensische Gefangenenhilfswerk Samidoun im November 2023 verboten.

Die »Jerusalem Post« zitierte den Neffen des 1984 entführten und getöteten israelischen Soldaten mit den Worten, der Tod des »Terroristen Daqqa« sei »ein Sieg für Israel«.

K.L.

